

WEITBLICK



ZEITUNG FÜR EINE GLOBAL GERECHTE UND ZUKUNFTSFÄHIGE POLITIK

2/2019
EUROPAWAHL,
EU-AGRAR- UND
STROMNETZPOLITIK

Hähnchenfleisch: Gefahr für die Gesundheit? Seite 2

Geben Sie der EU Ihre Stimme! Seite 3

Das perfide Spiel mit dem Klima. Seite 4

EDITORIAL



Klemens van de Sand
Mitglied im Vorstand
von Germanwatch

Europas Landwirtschaft und die Klimakrise

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Klimakrise wird vermutlich schon im nächsten Jahrzehnt die gesamte politische Agenda dominieren. Deshalb ruft Greta Thunberg, die Initiatorin der Fridays-for-Future-Bewegung, dazu auf, bei der Europawahl „für Leute wie mich [zu] wählen, die von der Krise betroffen sein werden.“

Die Wahl wird nicht zuletzt darüber entscheiden, ob die nötigen Weichen in einem Bereich gestellt werden, der sehr stark zum Klimawandel beiträgt und der sich bisher am wenigsten darauf eingestellt hat: der Landwirtschaftspolitik. In keinem anderen Bereich hat die Europäische Union so viel Einfluss – und so viel Geld.

Der Vorschlag der EU-Kommission für die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik reicht bei weitem nicht, um den Ausstoß von Klimagasen in der Landwirtschaft deutlich zu verringern. Dem Landwirtschaftsausschuss des jetzigen Europäischen Parlaments geht dieser Vorschlag jedoch schon zu weit. Das neu gewählte Parlament wird entscheiden, ob es mehr oder weniger Klimaschutz in der Landwirtschaftspolitik geben wird. Mit Ihrer Stimme bei der Europawahl können Sie den Kurs der EU mitbestimmen – gerade in der Landwirtschaft.

Klemens van de Sand

Warum ich Germanwatch wichtig finde



Nicole Podlinski
Bundesvorsitzende der
Katholischen Landvolk-
bewegung Deutschland

Ich finde Germanwatch gut, weil die Organisation in unserer derzeitigen Zeitenwende nicht nur mahnt, sondern auch versucht ein Bild zu entwerfen, wie wir die Zukunft gestalten können. Dabei vertraut sie auf die Kraft und Kreativität von Vielen und der Vielfalt.

Wählen für Bäuerinnen und Bauern, Bienen und Klima

Mit der Europawahl die Agrarpolitik in die richtige Richtung drehen

Es wird immer deutlicher, dass sich die Landwirtschaft in Europa grundlegend verändern muss. Seit Jahrzehnten geben immer mehr Höfe auf. Vor fünfzig Jahren war das noch sinnvoll, da man mit sehr kleinen Betrieben nicht genug verdienen kann. Heute gelten aber viele Höfe mit hundert Milchkühen oder tausenden Schweinen schon als zu klein. Immer größere Betriebe machen mehr Arbeit, bringen aber am Ende oft nicht mehr Gewinn. Das liegt auch daran, dass immer mehr Getreide, Fleisch und Milch auf dem Weltmarkt verkauft werden. Dort sind die Preise meist niedrig.

Um Kosten zu sparen, werden Kühe und Schweine in immer größeren Ställen gehalten und immer größere Felder bewirtschaftet. Für Tiere, Umwelt und letztlich auch Menschen hat das viele Nachteile.

Das Spritzen giftiger Chemikalien soll Unkraut, Krankheiten und schädliche Insekten fernhalten. Zudem werden die Pflanzen chemisch gedüngt, um viel zu ernten. Wildtiere wie Bienen, Rebhühner oder Feldhasen finden deshalb immer weniger Lebensräume. Insekten und mit ihnen viele Vogelarten werden verdrängt, ebenso wildwachsende Pflanzen. Die biologische Vielfalt geht zurück.

Tiere, die zu wenig Platz im Stall haben, erkranken öfter und müssen regelmäßig mit Medikamenten behandelt werden. Das kann dazu führen, dass Krankheitserreger gegen Antibiotika unempfindlich werden. Diese Medikamente wirken auch bei Menschen nicht mehr, wenn sie von diesen Erregern befallen sind. Oft verletzen Tiere sich auch gegenseitig, wenn sie zu wenig Platz haben. Um das zu verhindern, werden Schweinen die Schwänze abgeschnitten, Hühnern die Schnäbel gekürzt und Kühen die Hörner entfernt.

Werden viele Tiere in einer Region gehalten, entsteht dort mehr Dung, als die Pflanzen als Dünger brauchen können. Der Überschuss geht als Ammoniak in die Luft oder als Nitrat ins Wasser. Beides gefährdet die Gesundheit.

Um einen katastrophalen Klimawandel zu verhindern, ist es notwendig, viel weniger Klimagas auszustoßen. In der Landwirtschaft ist das nur durch weniger Tierhaltung möglich. Denn drei Viertel der Klimagasen in der Landwirtschaft kommen aus Güllelagern, den Mägen von Rindern und dem Anbau von Futter. In den letzten Jahren wurden in Deutschland aber mehr und nicht weniger Kühe und Schweine gehalten. Vor allem um mehr Fleisch und Milch zu exportieren.

Ein großer Teil der Exporte geht nach Afrika. Für die Kleinbäuerinnen und -bauern dort bedeuten sie eine starke Konkurrenz auf ihren heimischen Märkten. Die zunehmende Nachfrage in den wachsenden Städten decken vor allem Importe. Für die afrikanischen Bauern bleiben wenig Chancen, mehr zu verkaufen und zu verdienen.

Noch weit entfernt von nachhaltig

Die europäische Agrarpolitik soll den globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung dienen. Aber die Vorschläge der Europäischen Kommission bleiben halbherzig, unter anderem wegen des Drucks aus Deutschland.

Die Kommission schien erkannt zu haben, dass weitgehende Änderungen notwendig sind. In ihrem ersten Vorschlag für eine veränderte euro-



päische Agrarpolitik versprochen, die 2015 beschlossenen umfassenden Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen erreichen zu wollen. Das würde mehr Umwelt- und Klimaschutz und bessere Einkommen für Bäuerinnen und Bauern in Europa und in Entwicklungsländern bedeuten.

Derzeit sind direkte Zahlungen an die Landwirte und Landwirtinnen das wichtigste Instrument der europäischen Agrarpolitik. Für jeden Hektar erhalten diese einen einheitlichen Betrag. Dafür müssen sie nur wenige Bedingungen einhalten. Vor allem muss das Land weiter für die Landwirtschaft nutzbar bleiben. Die Direktzahlungen haben also kaum positive Auswirkungen auf die Umwelt. Gleichzeitig nutzen sie vor allem Betrieben, die besonders große Flächen bewirtschaften.

Die Europäische Kommission will mit ihrem Vorschlag einige dieser Nachteile angehen. So sollen die Direktzahlungen, die Großbetriebe pro Jahr bekommen, begrenzt werden. Auch sollen sie an wirksamere Bedingungen für die Umwelt geknüpft werden. Auf einem Acker sollen in den Folgejahren nicht dieselben Pflanzen nacheinander angebaut werden. So verlieren die Böden weniger Nährstoffe und Schädlinge gegen bestimmte Pflanzen können sich nicht so schnell ausbreiten. Auch dürfen LandwirtInnen Grasland nicht zu Äckern umbrechen. Grasland speichert mehr Kohlenstoff und mehr Tier- und Pflanzenarten finden einen Lebensraum. Allerdings sollen vor allem die Mitgliedsländer bestimmen, wie die neuen Bedingungen umzusetzen sind. Damit droht die Gefahr, dass die Regierungen nur schwache Bedingungen vorgeben. So könnte in ihrem Land kurzfristig billiger produziert werden und es gäbe einen „Wettbewerbsvorteil“ – der uns allen aber teuer zu stehen kommt.

Ähnlich ist es mit der Vorgabe, dass alle Länder ihren Bauern und Bäuerinnen zusätzliche Umweltprogramme anbieten müssen. Es bleibt offen, wie diese aussehen sollen und wie viel Geld dafür zur Verfügung gestellt wird. Fest steht nur, dass auch diese Programme an die Fläche gebunden sein müssen. Damit wird es zumindest schwieriger, notwendige Änderungen in der Tierhaltung mit EU-Geld zu finanzieren. Denn viele Geflügel- und Schweinehalter haben nur wenige eigene Flächen. Dagegen sollen ausgerechnet die Ausgaben für ländliche Entwicklung besonders stark gekürzt werden. Mit ihnen ließe sich sonst ein Umbau der Tierhaltung und mehr Umweltschutz gezielt finanzieren.

Das Europaparlament muss den Wandel vorantreiben

Die Vorschläge der Kommission bewegen sich in die richtige Richtung. Aber sie gehen überhaupt nicht weit genug. Einer neuen Agrarpolitik müssen die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament zustimmen. Der Landwirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments hat über den Vorschlag der Kommission beraten. Er lehnt wichtige positive Veränderungen in Richtung der Nachhaltigkeitsziele ab. So fordert der Ausschuss, weniger Geld für Umwelt- und Klimaschutz auszugeben und höhere Exporte der EU als gleichwertiges Ziel aufzunehmen. Damit würden Bäuerinnen und Bauern dabei unterstützt, noch mehr und noch billiger zu produzieren.

Die Globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen erfordern eine Landwirtschaftspolitik, die Umwelt und Klima besser schützt und mit der kleinere Betriebe besser verdienen. Damit das nächste Europäische Parlament diesen Wandel vorantreibt und nicht bremst, braucht es die richtigen Mehrheiten. Am 26. Mai können die Wählerinnen und Wähler mitentscheiden, in welche Richtung die Landwirtschaft in Europa in den nächsten Jahren steuert.

Tobias Reichert

Aktuelle Weitblick auch in Einfacher Sprache

Die Artikel der aktuellen Weitblick-Ausgabe stellen wir diesmal in Einfacher Sprache auf unserer Website zum Herunterladen zur Verfügung.

Einfache Sprache ist eine sprachlich vereinfachte Version von Standard- oder Fachsprache. Texte in Einfacher Sprache sind betont verständlicher, einfacher und klarer. Wir verzichten hier bewusst auf Fremdwörter, Redewendungen oder Metaphern, bildhafte Wendungen sowie Anspielungen oder Zwischentöne. Damit wollen wir einem größeren Teil der Bevölkerung Zugang zu Informationen ermöglichen.

Download unter
www.germanwatch.org/weitblick

Hähnchenfleisch: Gefahr für die Gesundheit

Antibiotikaresistente Bakterien auf mehr als der Hälfte aller Billig-Hähnchen entdeckt

Die meisten Hähnchen in Deutschland werden auf sehr engem Raum zusammen mit Tausenden anderen Hähnchen gehalten. Bis zu 23 Tiere müssen auf einer Fläche leben, die etwa so groß ist wie eine Duschwanne. Sie verletzen sich oft gegenseitig und viele werden krank. Da Krankheiten oft durch Bakterien entstehen, werden die Tiere mit Antibiotika behandelt. Diese Medikamente sollen krankmachende Bakterien abtöten. Das Problem ist, dass sich die Bakterien ständig verändern und bei Antibiotikaeinsatz gegen diese unempfindlich werden können. Dann spricht man von antibiotikaresistenten Erregern. Je öfter Antibiotika verwendet werden, desto schneller verbreiten sich die resistenten



Bakterien. Wenn wir an solchen resistenten Keimen erkranken, helfen die entsprechenden Antibiotika nicht mehr. Dann braucht man Notfall-Antibiotika. Die Weltgesundheitsorganisation empfiehlt, dass die Notfall-Antibiotika möglichst selten angewendet werden. Sie sollen in „Reserve“ bleiben, damit Bakterien nicht auch gegen sie resistent werden.

In Hähnchenställen werden die Tiere oft mit Antibiotika behandelt. Germanwatch wollte deshalb wissen, ob resistente Bakterien auf dem verkauften Hähnchenfleisch sind. Dazu wurde

in Märkten der Discountketten Aldi, Lidl, Penny, Netto und Real in verschiedenen deutschen Städten Hähnchenfleisch gekauft, das für wenig Geld angeboten wird. Das Fleisch wurde dann in einem Labor auf antibiotikaresistente Bakterien getestet. Die Ergebnisse sind alarmierend: Auf mehr als der Hälfte des untersuchten Fleisches fand das Labor antibiotikaresistente Bakterien. Auf einem Fünftel der Fleischproben gab es sogar Bakterien, die gegen drei verschiedene Antibiotika resistent sind. In jeder der Supermarktketten gab es mit resistenten Bakterien belastetes Fleisch. Das untersuchte Fleisch stammte aus den vier größten Schlachtkörpern in Deutschland: Wiesenhof, Rothkötter, Plukon und Sprehe. Keines hat durchweg Fleisch angeboten, bei dem diese gefährlichen Resistenzen gar nicht gefunden wurden.

Die Untersuchung von Germanwatch zeigt, dass die industrielle Hähnchenmast zu viele Antibiotika einsetzt. Das führt zu den vielen resistenten Krankheitserregern. Besonders schlimm ist, dass auf etwa einem Drittel des untersuchten Fleisches Bakterien waren, die sogar gegen Notfall-Antibiotika resistent waren. Gelangen diese speziellen Resistenzen vom Fleisch in den Körper von Menschen, dann können überlebenswichtige Medikamente unwirksam werden. Wunden und Krankheiten lassen sich dann manchmal auch bei Menschen nicht mehr heilen.

Damit das nicht passiert, fordert Germanwatch, die Tierhaltung und besonders die Hähnchenmast grundlegend zu verändern. Zunächst müssen die für den Menschen besonders wichtigen Reserve-Antibiotika in der Tierhaltung verboten werden. Auch alle anderen Arten von Antibiotika dürfen nur noch eingesetzt werden, wenn ein Tierarzt festgestellt hat, dass sie gegen die Krankheit tatsächlich wirken. Staatliche Behörden müssen diese Regeln regelmäßig überprüfen. Damit die Tiere seltener krank werden,

brauchen sie rund doppelt so viel Platz wie sie jetzt haben. Sie brauchen Frischluft und frische Einstreu, in der sie scharren und picken können.

AUF EINEM DRITTEL DES UNTERSUCHTEN FLEISCHS FAND MAN BAKTERIEN, DIE GEGEN NOTFALL-ANTIBIOTIKA RESISTENT WAREN



Das deutsche Landwirtschaftsministerium nimmt die Untersuchung von Germanwatch ernst. Es sieht sie als Hinweis, dass die Hähnchenmäster und die Schlachthöfe so arbeiten, dass es massenhaft Resistenzen auf Fleisch gibt. Obwohl sie angeben, sich an die Gesetze zu halten. Das Ministerium will die Gesetze neu bewerten, die den Einsatz der Antibiotika bei Tieren regeln. Wenn nötig, sollen die Gesetze strenger werden.

Germanwatch wird weiter darauf drängen, dass Tiere so gut und gesund gehalten werden, dass sie viel weniger Antibiotika brauchen. Die vielen Milliarden Euro, die jedes Jahr für die Europäische Agrarpolitik ausgegeben werden, können dabei helfen. Dazu muss ein größerer Teil davon an Bauern und Bäuerinnen gehen, die ihre Tiere besser halten wollen.

Reinhild Benning & Tobias Reichert

Zur Untersuchung:
www.germanwatch.org/de/16426

Agrarökologie – Konzept für eine nachhaltige Landwirtschaft weltweit

„Weiter wie bisher“ geht nicht! So hat der Weltagrarbericht 2008 seine Ergebnisse zusammengefasst. Mehr als 400 WissenschaftlerInnen kamen seinerzeit zur Erkenntnis, dass eine Landwirtschaft, die viel chemischen Dünger und Gifte gegen Insekten und Unkräuter einsetzt, nicht zukunftsfähig ist. Mehr als zehn Jahre später wird das Konzept der Agrarökologie als Gegenmodell zur industriellen Landwirtschaft immer mehr anerkannt. Weltweite Netzwerke von Kleinbäuerinnen und -bauern unterstützen es ebenso wie wissenschaftliche Institute und mittlerweile auch die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO). In Deutschland fordern mehr als 50 Organisationen aus Landwirtschaft, Handwerk, Umwelt und Entwicklung agrarökologische Prinzipien in der europäischen Landwirtschaft und in der Zusammenarbeit mit anderen Ländern zu stärken. Auch der Deutsche Bundestag hat einen Antrag der Regierungsfractionen beschlossen, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, die Agrarökologie stärker zu fördern. Er bezieht sich allerdings nur auf die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Zur Landwirtschaft in Deutschland und Europa sagt der Antrag nichts.

Agrarökologie ist kein starres Rezept, das sich überall auf der Welt gleich umsetzen lässt. Sie beruht auf Prinzipien, die sich an verschiedenen Standorten anwenden lassen. Dabei geht es um ökologische, soziale und wirtschaftliche Punkte.

Die wichtigsten sind Vielfalt und Kreislaufwirtschaft. Landwirtschaft wird als vom Menschen beeinflusster Teil der natürlichen Umwelt betrachtet. Daher soll die Landwirtschaft

möglichst viele natürliche Prozesse für sich nutzen, statt sie auszuschalten und durch vom Menschen kontrollierte Prozesse zu ersetzen. Nährstoffe für die Böden und Pflanzen sollen vor allem aus Pflanzenresten und Tierdung stammen. Eine wichtige Rolle spielt dabei der Anbau von Pflanzen wie Erbsen und Bohnen, die Stickstoff aus der Luft sammeln können und dabei auf natürliche Weise düngen. Insekten, die die angebauten Nahrungspflanzen schädigen, werden durch natürliche Feinde unter Kontrolle gehalten. Da nicht jedes Jahr dieselben Pflanzen auf den gleichen Flächen wachsen, können sich Schädlinge nicht so stark vermehren.

Auf sozialer und wirtschaftlicher Ebene setzt die Agrarökologie auf kurze Wege. Lebensmittel sollen vor allem für den regionalen Markt erzeugt werden. Wenn sie nicht frisch verzehrt werden, soll die Verarbeitung möglichst auch in der Region stattfinden. Außerdem geht es darum, die Rechte der Bäuerinnen und Bauern an Land und Saatgut und ihre Position gegenüber den Handelsunternehmen zu stärken. Gegenüber den Konzernen, die Dünger und Pflanzengifte verkaufen, werden sie automatisch unabhängiger. Wenn Bäuerinnen und Bauern mehr Kontrolle über die Mittel erlangen, mit denen sie Nahrung erzeugen, können sie bessere Einkommen erzielen. Dazu ist es auch notwendig, dass Verbraucherinnen und Verbraucher stärker regional und ökologisch erzeugte Lebensmittel nachfragen.

Tobias Reichert

Weitere Infos:
Positionspapier „Agrarökologie stärken!“
unter <https://webshop.inkota.de/node/1563>

Klimaschutz in der Landwirtschaft: Mehr Technik oder weniger Tiere?

Die Klimapolitik Deutschlands kommt von mehreren Seiten unter Druck. Mit den „Fridays for Future“-Demonstrationen fordern zehntausende SchülerInnen Woche für Woche wirksame Maßnahmen gegen die Klimakrise. Gleichzeitig verfehlt Deutschland deutlich seine eigenen Klimaschutzziele für das Jahr 2020. Bis 2030 sollen in Deutschland 55 Prozent weniger Treibhausgase ausgestoßen werden als 1990. Dieses Jahr soll die Regierung durch ein Klimaschutzgesetz festlegen, wie das Ziel erreicht werden soll. Dazu legt jedes Ministerium einen Plan vor, wie die Treibhausgase in seinem Verantwortungsbereich entsprechend verringert werden sollen.

Die wichtigsten Klimagasen aus der Landwirtschaft sind Lachgas und Methan. Lachgas entsteht, wenn Pflanzen beim Wachstum Stickstoff aus dem Boden umwandeln. Methan entsteht in den Mägen von Rindern, Ziegen und Schafen sowie aus Gülle. Diese Gase wirken pro Molekül stärker auf das Klima als Kohlendioxid (CO₂). Daher wird ihre Wirkung umgerechnet in CO₂-Äquivalente (CO₂eq). Bis 2030 sollen aus der Landwirtschaft nur noch 58 bis 61 Millionen Tonnen CO₂eq ausgestoßen werden, 11 bis 14 Millionen Tonnen weniger als heute. Das Landwirtschaftsministerium will dieses Ziel vor allem durch zwei Maßnahmen erreichen:

Bauern und Bäuerinnen sollen strengere Vorgaben bekommen, wie viel Stickstoff sie düngen dürfen. Dadurch entsteht weniger Lachgas. Gleichzeitig wird auch das Grundwasser weniger belastet (s. Artikel von Reinhild Benning auf Seite 3).

Gülle soll luftdicht gelagert und das dabei entstehende Methan in Biogasanlagen genutzt werden.

Beides zusammen soll die Klimawirkung um bis zu 7,5 Millionen Tonnen CO₂eq verringern. Ergänzend sollen weniger Lebensmittel weggeworfen und die ökologische Landwirtschaft ausgeweitet werden.

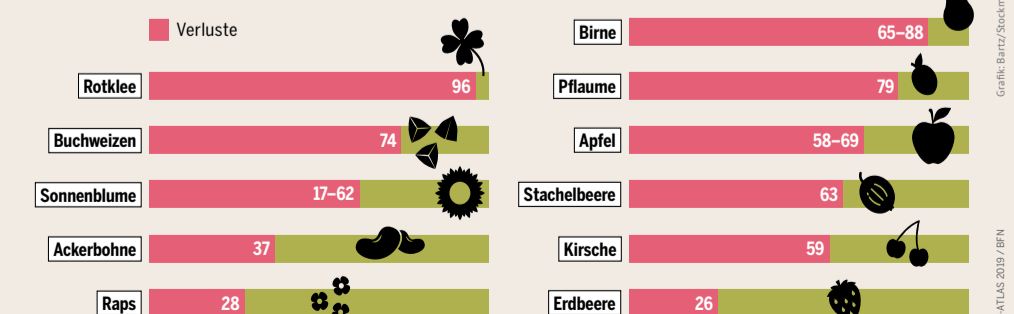
Die Klima-Allianz – ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Gruppen, in dem Germanwatch intensiv mitarbeitet – hat gezeigt, dass die Maßnahmen des Landwirtschaftsministeriums nur theoretisch ausreichen. Gülle müsste dann über weite Strecken transportiert werden. Zu Biogasanlagen und zu den Äckern, wo sie als Dünger gebraucht wird. Das wäre teuer, würde mehr Verkehr verursachen und das Risiko von Unfällen würde steigen.

Die aktuelle Studie für die Klima-Allianz kommt zum Schluss, dass die Klimaziele nur zu erreichen sind, wenn etwa ein Viertel weniger Fleisch und Milch erzeugt werden. Das würde weniger Tierhaltung bedeuten. Es entsteht weniger Methan in den Mägen und weniger Gülle. Der Ausstoß von Klimagasen sänke um fast 8 Millionen Tonnen CO₂eq. Weniger Fleisch und Milch heißt auch, dass die Exporte von Fleisch und Milchpulver zurückgehen müssen, die in den letzten Jahren stark angestiegen sind. Auch der Verbrauch muss spürbar sinken. Zudem wäre in der Tat notwendig, weniger Milch- und Fleischprodukte wegzuerwerfen.

Tobias Reichert

BLÜTEN OHNE BESUCHER

Ertragsminderung bei Acker- und Wiesenpflanzen sowie Obst infolge fehlender Bestäubung durch Honigbienen, in Prozent



Klimaschutz braucht Europa und Europa braucht Klimaschutz

Klimaschutz braucht Europa: Ohne die EU würden wir schlechter dastehen

Nicht alles funktioniert reibungslos in der Europäischen Union (EU). Eine Reformdebatte über die Institutionen der EU ist notwendig. Wir wollen ja ein wirksames Europa. Was willkommen wäre, sind Initiativmöglichkeiten und mehr Entscheidungsgewicht für das Europäische Parlament. Außerdem wäre eine Debatte wichtig über die Ausweitung der qualifizierten Mehrheit im EU-Rat, d. h. weniger Veto-Recht für die einzelnen Mitgliedsstaaten. Das ist genau das Gegenteil von dem, was die AfD in ihrem Europa-Programm fordert: nämlich das demokratischste Organ der EU – das Europäische Parlament – abzuschaffen.

Wir brauchen eine starke EU im Kampf gegen die Klimakrise, der nur global gelingen kann. Schon jetzt würde ohne die EU der Klimaschutz schlechter dastehen – in Deutschland, in Europa und weltweit. Es ist beachtlich, dass die Bundesregierung derzeit in der Klimapolitik längst nicht so ehrgeizig ist wie die EU-Institutionen. Die Europäische Kommission drängt auf das Ziel einer fossilfreien EU bis 2050. Die Bundesregierung blockiert das gemeinsam mit Polen und wenigen anderen mitteleuropäischen Ländern. Während die Verkehrskommission hierzulande stockt, hat das Europäische Parlament strengere Klima-Regeln für Autos beschlossen. Das Verbot von Einwegprodukten aus Kunststoff ist ebenfalls dem EU-Parlament zu verdanken. Die EU handelt und sorgt für Kompromisse zwischen 28 Staaten. Das ist keine einfache Übung und dennoch zeigt die EU Handlungsfähigkeit.

So haben die europäischen Institutionen in dieser zu Ende gehenden Legislaturperiode auch erstmalig eine Energieunion auf die Schienen gesetzt. Die Energieunion, für die die EU verbindliche Ziele für den Ausbau von Erneuerbaren Energien sowie für Energieeffizienz gesetzt und mit klaren Regeln flankiert hat, um – auch mit den südosteuropäischen Nachbarländern – diese Ziele zu erreichen. Daran anknüpfend gilt es nun, ausreichend Investitionen für Energieeffizienz, Erneuerbare Energien, Speicher und Netze sowie gegen Energiearmut auf den Weg zu bringen.

Europa braucht Klimaschutz: Höchste Zeit für bestmögliche Erdlandung

Die Herausforderung unserer Zeit ist nicht, die Landung auf dem Mond oder Mars zu organisieren. Die Kräfte der Politik, der Wirtschaft, des Finanzmarktes – und der Zivilgesellschaft – müssen wir jetzt auf die Erdlandung fokussieren, in den Grenzen unseres Planeten. Durch diese Transformation lassen sich soziale und ökologische Herausforderungen in Europa gemeinsam angehen. Die Erdlandung ist die taktgebende und existentielle Herausforderung für das bald neu gewählte Europäische Parlament und für die kommende EU-Kommission, insbesondere auch für die Vorreiterstaaten in der EU. Um das Pariser Klimaabkommen und damit den ökologischen Gesellschaftsvertrag mit den kommenden Generationen umzusetzen, muss die EU folgendes magisches Dreieck schaffen: Erstens sich für starke und verbindliche Ziele engagieren. Zweitens sich für gut koordinierte Instrumente und klare, verlässliche Rahmen-

bedingungen – etwa einen CO₂-Mindestpreis – einsetzen. Wenn nicht die gesamte EU mitzieht, müssen Vorreiterstaaten gemeinsam vorangehen. Und Drittens gilt es sicherzustellen, dass die Hebelkraft des Finanzmarktes nicht länger gegen, sondern für das Erreichen der Klimaziele eingesetzt wird. So kann die Transformation hin zum Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas in allen Sektoren schneller erfolgen, als viele jetzt noch denken.

Eine EU, die versprochene Klimaziele umsetzt und weitreichende Umsetzungspartnerschaften mit wichtigen Schwellen- und Entwicklungsländern für Klimaschutz, den Aufbau von Resilienz und das dementsprechende Umschichten der Geldströme in Bewegung setzt, kann mit unserer Unterstützung rechnen. Eine solche EU gilt es, bei den EU-Wahlen am 26. Mai zu unterstützen.

Audrey Mathieu & Christoph Bals

Geben Sie der EU Ihre Stimme!

Die Jugend Europas demonstriert seit Wochen für entschiedenen Klimaschutz. Sie drängt auf einen Gesellschaftsvertrag, der auch den kommenden Generationen ein gutes Leben in den Grenzen dieses Planeten erlaubt. Alle Wähler und Wählerinnen sollten dieses Anliegen bei der Europawahl unterstützen.

Machen auch Sie am 26. Mai die Europawahl zur Klimawahl!

Gute Regeln für die Wirtschaft auf europäischer Ebene

Die EU kann ihre Mitgliedstaaten zu besserem Umweltschutz antreiben

Nach dem zweiten Weltkrieg mit vielen Millionen Toten haben sich einige europäische Länder überlegt, wie der nächste Krieg vermieden werden könnte. Eine Lösung war, bei Handel und Wirtschaft, aber auch in der Politik besser zusammenzuarbeiten. Wenn Getreide, Stahl, Kleider, Autos frei gehandelt würden, dann hätten die Unternehmen kein Interesse, dass ihre Absatzmärkte durch Krieg zerstört werden. Und tatsächlich gab es zwischen den mittlerweile 28 Mitgliedsländern der Europäischen Union (EU) seit über 70 Jahren keinen Krieg mehr. Das gab es nicht oft in der Geschichte Europas.

Im Laufe der Zeit verursachte mehr Produktion und Handel auch mehr Müll. Luft und Wasser wurden schmutziger. Daher legte die EU für alle Mitgliedstaaten gemeinsame Ziele für den Umweltschutz fest. Das sollte verhindern, dass in den Ländern besonders viel produziert wird, wo es besonders billig und dreckig ist. 1991 wurden z. B. Grenzen dafür gesetzt, wie viel Nitrat im Wasser enthalten sein darf. Wenn mehr Nitrat ins Wasser gelangt, können Menschen, die davon trinken, krank werden. Deshalb hat die EU Höchstgrenzen für Nitrat im Wasser festgelegt.

In Deutschland funktionieren die EU-Umweltregeln unterschiedlich gut. Viele große Fabriken haben seither Filter und Kläranlagen eingebaut, so dass weniger schädliche Stoffe ins Wasser gelangen. Die Flüsse stinken meist nicht mehr und Fischbestände haben sich teilweise etwas erholt. Dagegen ist die Belastung mit Nitrat in vielen Regionen nicht gesunken. Nitrat entsteht, wenn mehr Stickstoff in die Böden kommt als die Pflanzen für ihr Wachstum brauchen. Das passiert vor allem, wenn zu viel Gülle aus der Massentierhaltung in der Umgebung ausgebracht

wird. Deshalb messen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den Gegenden, in denen viele Tiere gehalten werden, seit dreißig Jahren zu hohe Nitratwerte im Grundwasser. Und darum ist es notwendig, für Menschen in Gebieten mit starker Nitratbelastung sauberes Trinkwasser durch lange Leitungen heranzuschaffen. Länder, die es nicht schaffen, die EU-Regeln einzuhalten, müssen irgendwann eine Strafe bezahlen.

Für Deutschland sind das bald eine Million Euro – und zwar an jedem Tag, an dem zu viel Gülle oder Nitrat im Wasser landen. Ein hoher Preis für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Umweltverbände wie Germanwatch fordern zusammen mit vielen Bauern und Bäuerinnen, die nicht so viele Tiere haben, weniger Tiere auf mehr Platz zu halten. Das ist tierfreundlicher und das Wasser würde wieder sauberer werden. Die Bundesregierung hat bis jetzt mehr auf den Bauernverband und große Schlachthöfe sowie Handelsunternehmen gehört, die immer mehr billiges Fleisch in Deutschland und anderen Ländern verkaufen wollen. Die Strafen der EU könnten sie wohl dazu zwingen, ihre Politik zu ändern.

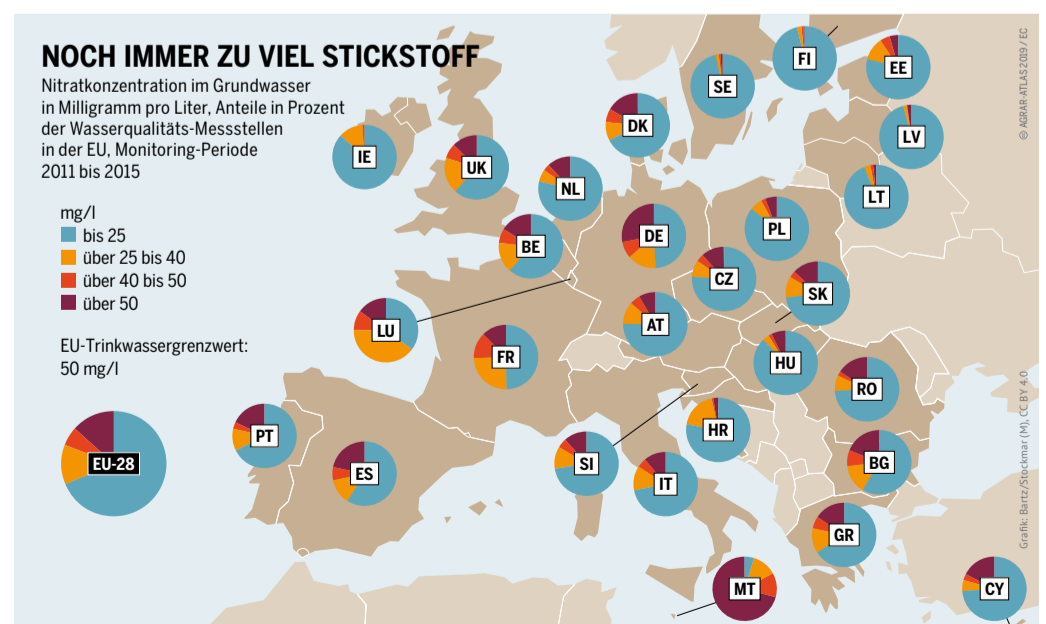
Die Bundesregierung sollte diesen Fehler nicht bei einem anderen Thema wiederholen. 2018 hat die EU eine neue Regel beschlossen, damit weniger Antibiotika in der Tierhaltung eingesetzt werden. Antibiotika sind Medikamente, die gegen Krankheiten helfen, die von Bakterien verursacht wurden. Allerdings passen die Bakterien sich mit der Zeit an Antibiotika an, wenn sie immer wieder mit ihnen in Kontakt kommen. Sie werden resistent. Dann können Antibiotika Kranke nicht mehr gesundmachen, weil sie den resistenten Erregern nichts anha-

ben können. Schon heute sterben deshalb jedes Jahr einige Tausend Menschen in Deutschland. Um das zu vermeiden, sollen Antibiotika nur im Notfall eingesetzt werden. Tierärzte und Tierärztinnen in Deutschland setzen aber viele Antibiotika ein. In den großen, engen Ställen erkranken die Tiere offensichtlich besonders oft. Germanwatch hat herausgefunden, dass der größte Teil des Hähnchenfleisches aus Massentierhaltung mit antibiotikaresistenten Bakterien belastet ist (siehe Artikel S. 2). Jede dritte Hähnchenfleischprobe ist sogar gegen die besonders wertvollen Notfall-Antibiotika resistent, die als letzte Waffe gegen resistente Erreger eingesetzt

werden. Diese Bakterien können sich auch auf Menschen übertragen.

Deutschland sollte die neue EU-Regel schnell befolgen, in der Fleisch- und Milcherzeugung weniger und für die Menschen nicht so wichtige Antibiotika einzusetzen. Dazu muss sie Reserveantibiotika in der Tierhaltung verbieten und den Antibiotikaeinsatz insgesamt reduzieren. Und die Regierung soll den Tierschutz verbessern, dann bleiben die Tiere gesünder und brauchen nicht mehr so oft Medizin.

Reinhild Benning



AT: Österreich, BE: Belgien, BG: Bulgarien, CY: Zypern, CZ: Tschechien, DE: Deutschland, DK: Dänemark, EE: Estland, ES: Spanien, FI: Finnland, FR: Frankreich, GR: Griechenland, HR: Kroatien, HU: Ungarn, IE: Irland, IT: Italien, LT: Litauen, LU: Luxemburg, LV: Lettland, MT: Malta, NL: Niederlande, PL: Polen, PT: Portugal, RO: Rumänien, SE: Schweden, SI: Slowenien, SK: Slowakei, UK: Großbritannien

Termine

■ **Dortmund, 19.-23.6.:** Deutscher Evangelischer Kirchentag. Mit einem Infostand von Germanwatch auf dem „Markt der Möglichkeiten“, sowie einem Vortrag von Tobias Reichert am **22.6. um 11 Uhr, Zeit 14b:** „Landwirtschaft und nachhaltige Entwicklungsziele“. Weitere Infos: www.kirchentag.de

■ **Bad Vilbel, 20.-23.6.:** Beats und Bohne, Jugendfestival zu Landwirtschaft und Ernährung. Germanwatch ist im Trägerkreis. Weitere Infos: www.wir-haben-es-satt.de/festival

■ **Bremerhaven, 27.6.:** From Copenhagen to Katowice and beyond, Internationales Symposium mit Christoph Bals, Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/16414

Wer wir sind – was wir wollen

Ziele von Germanwatch

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Klimaschutz und Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima und Entwicklung / Ernährung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Machen Sie mit! Vielen Dank!

Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V., Stresemannstr. 72, 10963 Berlin
Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1

Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19

Internet: www.germanwatch.org, E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden

Bank für Sozialwirtschaft Berlin
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00, BIC / Swift: BFSWDE33BER

Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V., Redaktion: Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.), Daniela Baum, Christoph Bals, Klemens van de Sand.
Stand: Mai 2019. Layout: Dietmar Putscher, Köln.
Auflage ca. 100.000.

Gedruckt auf Recyclingpapier mit umweltfreundlichen Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und der Stiftung Mercator. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei Germanwatch.



Abos und neue Germanwatch-Publikationen

Kostenloses Abo: Die Germanwatch-Zeitung „Weitblick“ per Post (vierteljährlich). www.germanwatch.org/de/weitblick

Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter Germanwatch-Kurznachrichten (alle sechs Wochen) www.germanwatch.org/de/abos-bestellen

Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter Klimakompakt (1 bis 2 Aussendungen pro Monat), mit aktuellen Berichten zum Klimaschutz. www.germanwatch.org/de/klimakompakt

Exemplare dieser Zeitungsausgabe. Kostenlos. www.germanwatch.org/de/weitblick

→ Hintergrundpapier: Analyse von Hähnchenfleisch auf antibiotikaresistente Erreger. Nur als Download. www.germanwatch.org/de/16426

Hintergrundpapier: Über Antibiotikaresistenzen, ihre Ursachen und Reduktionsstrategien in der Tierhaltung. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/15899

→ Verbraucherinformation: Fakten zur Agrarindustrie 2019. Nur als Download. www.germanwatch.org/de/16229

→ Gemeinsames Forderungspapier: Klimaschutz 2019: Was jetzt zu tun ist. Nur als Download. www.germanwatch.org/de/16382

Hintergrundpapier: Stromnetze in Deutschland: Das System, die Netzbetreiber und die Netzentgelte. 8 Euro. www.germanwatch.org/de/16122

Die oben aufgeführten Publikationen können Sie im Internet kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen, zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale. Mitglieder, Förderer und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung: versand@germanwatch.org, Tel. (030) 28 88 356-0, Fax (030) 28 88 356-1, oder per Post an Germanwatch e.V., Stresemannstr. 72, 10963 Berlin.

Name, Vorname

Evtl. Organisation/Firma

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Tel.

E-Mail

Das perfide Spiel mit dem Klima

Wie RechtspopulistInnen die Energiewende gefährden wollen

Mehr als 1,5 Millionen SchülerInnen und Studierende fordern in über 2000 Städten weltweit mehr Klimaschutz und finden dabei breite gesellschaftliche Unterstützung, wie etwa die Anschluss-Bewegungen ScientistsForFuture und EntrepreneursForFuture zeigen. Die meisten rechtspopulistischen Parteien aber ignorieren das. Einer neuen Studie zufolge ist der Mehrheit der stärksten rechtspopulistischen Parteien Europas das Klima völlig egal. Klimaschutz wird größtenteils abgelehnt. Sieben dieser 21 rechtspopulistischen Parteien leugnen die menschengemachte Klimakatastrophe sogar komplett (siehe Abbildung unten). Neben der österreichischen FPÖ und der britischen UKIP vertritt auch die deutsche AfD diese krasse Position, die den Stand der Wissenschaft bewusst leugnet.

Dabei versuchen diese Parteien auch gezielt, die Energiewende auszubremsen. Dazu schlüpfen sie in eine Pseudo-Robin-Hood-Montur, missbrauchen den Landschaftsschutz und versuchen auf perfide Weise, berechtigten oder unberechtigten Protest gegen den Stromnetzausbau für sich zu kapern. Doch indem die Rechten die Klimakatastrophe und die Notwendigkeit von ertüchtigten oder neuen Netzen leugnen, gefährden sie die Sicherheit und die Lebensgrundlagen der heutigen und der kommenden Generationen. Das 1,5°C-Limit braucht die Energiewende. Und die Energiewende braucht einen zügigen Netzausbau. Und je weniger die Windkraft im Süden und Westen Deutschlands ausgebaut wird, umso mehr Netze werden benötigt. Die RechtspopulistInnen würden durch ihre Blockade der Energiewende Deutschland die Chance auf wirtschaftliche Vorteile durch Zukunftstechnologien und auf gute, zukunftsfähige Arbeitsplätze nehmen.

Wenn sich einige europäische RechtspopulistInnen doch für die Energiewende aussprechen, dann meist aus nationalistischer Motivation. Doch beim komplexen Umbau unseres Energiesystems bringen Alleingänge nichts. Fest steht: Globale Krisen wie die Klimakatastrophe kennen keine Grenzen. Das gilt auch für ihre Lösungen. Für eine bezahlbare und

stabile Stromversorgung vollständig aus regenerativen Energien ist eine noch engere europäische Zusammenarbeit nötig. Viel Wind aus dem Norden und viel Sonne aus dem Süden Europas können helfen, dass alle EuropäerInnen immer mit günstigem erneuerbaren Strom versorgt sind.

Die deutschen RechtspopulistInnen von der AfD verlieren kein einziges Wort darüber, dass die Verbrennung jeder weiteren Tonne dreckiger Kohle Mensch und Umwelt in dramatischer Weise schaden. Am härtesten betroffen sind heute die Menschen des Globalen Südens, aber auch Deutschland bekommt die Folgen der Klimakatastrophe verstärkt zu spüren. Man denke nur an den verheerenden Hitzesommer im letzten Jahr oder die Schneemassen in diesem Winter in Süddeutschland. Wie der Sonderbericht des Weltklimarates IPCC betont, geht es jetzt um jedes Zehntel Grad ver-

miedene Erderhitzung. Es ist daher verantwortungslos, einem Projekt wie der Energiewende Steine in den Weg zu rollen.

Europa als politisches Friedens- und Sicherheitsprojekt muss seinem Anspruch auch in der Klimapolitik gerecht werden. Bei der Europawahl am 26. Mai muss der sozialverträgliche Klimaschutz im Mittelpunkt stehen. Das bedeutet, rechten Kräften keine Chance zu geben, mit nationalen Parolen den Klimaschutz zu gefährden.

Hendrik Zimmermann & Michelle Reuter

Weitere Infos:

Adelphi-Studie „Convenient Truths – Mapping climate agendas of right-wing populist parties in Europe“, abrufbar unter www.adelphi.de/de/publikation/convenient-truths

POSITION RECHTSPOPULISTISCHER PARTEIEN ZUR KLIMAWANDEL-WISSENSCHAFT

Leugnend Skeptisch 	Dänemark	Dansk Folkeparti / Dänische Volkspartei (DF)
	Estland	Eesti Konservatiivne Rahvaerakond / Konservative Volkspartei Estland (EKRE)
	Deutschland	Alternative für Deutschland (AfD)
	Großbritannien	United Kingdom Independence Party (UKIP)
	Niederlande	Partij voor de Vrijheid / Partei für die Freiheit (PVV)
Keine Position Zurückhaltend 	Österreich	Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)
	Schweden	Sverigedemokraterna / Schwedendemokraten (SD)
	Belgien	Vlaams Belang / Flemish Interest (VB)
	Bulgarien	Bulgarsko Natsionalno Dvizhenie / Bulgarian National Movement (VMRO)
	Frankreich	Rassemblement National / Nationale Sammlungsbewegung (zuvor Front National) (RN)
	Griechenland	Chrysi Avgi / Goldene Morgenröte (XA)
	Italien	Lega Nord (Lega)
	Litauen	Tvarka ir teisingumas / Ordnung und Gerechtigkeit (TT)
	Norwegen	Fremskrittspartiet / Fortschrittspartei (PP)
	Polen	Prawo i Sprawiedliwość / Recht und Gerechtigkeit (PiS)
Zustimmend 	Slowakei	Slovenska narodna strana / Slowakische Nationalpartei (SNS)
	Schweiz	Schweizerische Volkspartei (SVP)
	Tschechien	Svoboda a přímá demokracie / Freiheit und direkte Demokratie (SPD)
	Finnland	Perussuomalaiset / Die Finnen (PS)
	Litauen	Nacioni Apvieniba / Nationale Vereinigung (NA)
	Ungarn	Fidesz

Quelle: adelphi 2019, basierend auf einer Analyse von 21 Parteiprogrammen, Stellungnahmen von Parteiführenden, PressesprecherInnen, Pressemitteilungen und andern Nachrichtenquellen; eigene Übersetzung.

Meeresschutz beim Ausbau des Stromnetzes

31 Netzbetreiber, NGOs und andere Organisationen unterzeichnen Prinzipien

Der Umstieg auf Erneuerbare Energien in Europa ist wichtig, um Klimaschutz in die Tat umzusetzen. Die Kosten für Windenergie auf See (auch bekannt als Offshore-Windenergie) sinken immer weiter. Daher ist zu erwarten, dass Wind auf der See zukünftig einen großen Teil der zukünftigen Stromproduktion in Europa liefert.

Um diesen auf der See erzeugten Strom zu den Orten in Europa zu transportieren, wo der Strom verbraucht wird, muss das Stromnetz ausgebaut werden. Erstmals gilt es, auch unter der See, also im maritimen Bereich, das Stromnetz stark auszubauen.

Schätzungsweise findet ein Drittel der zukünftigen Projekte zum Ausbau des Stromnetzes in Europa im maritimen Bereich statt. Das bedeutet, dass ein Drittel aller zu bauenden Stromleitungen Seekabel sein werden. Dazu gehören Projekte wie der „North Sea Wind Power Hub“. In diesem Projekt überlegt man, eine künstliche Insel in die Nordsee zu bauen, an die die Windanlagen auf See direkt angeschlossen würden. Die Verbindung mit dem Festland würde dann nur von der künstlichen Insel abgehen und nicht von jeder einzelnen Windturbine. Das InteGrid-Projekt zum Beispiel will so das Stromnetz in der Ostsee weiter ausbauen. Auch im Mittelmeer gibt es viele Netzausbauprojekte.

Viele Menschen sind der Ansicht, dass der Ausbau von Windturbinen auf See die einfachere Lösung sei, weil der Wind heftiger und regelmäßiger bläst und man die Windräder vom Land aus nicht sieht. Die Planung und Umsetzung von Windturbinen auf See und Seekabeln bedarf allerdings der gleichen Sorgfalt wie auf Land. Die Projekte müssen umweltverträglich und in offenen Prozessen geplant werden, zu denen alle betroffenen Personen und Organisationen Zugang haben. Unsere Meere sind empfindlich und wertvoll. Praxiserfahrungen mit Meeresschutz sind in der Energiewirtschaft leider noch wenig verbreitet, da der Fokus bislang auf Projekten an Land lag.

Um das zu ändern, wurde die **Marine Grid Declaration** („Marine Stromnetz Deklaration“) der Renewables Grid Initiative (RGI) entwickelt. Dafür arbeiteten betroffene Umweltverbände, Übertragungsnetzbetreiber und Akteure der Energiewirtschaft aus ganz Europa zusammen. Auch die Europäische Kommis-

sion konnte dafür gewonnen werden. Erstmals einigten sich alle auf eine umfassende Liste von Prinzipien zum Meeresschutz. Das sind Regeln, zu denen sich diese Akteure verpflichten, um die Auswirkungen von Projekten auf die maritime Umwelt so gering wie möglich zu halten. Außerdem werden die Kooperation und der Austausch von Wissen zwischen den Organisationen ermutigt.

Am Tag der Europäischen Energieprojekte im März 2019 wurde die Deklaration von 31 beteiligten Organisationen in Brüssel feierlich unterschrieben. Christoph Bals hat als Politischer Geschäftsführer für Germanwatch unterzeichnet. Weitere Organisationen wollen in den nächsten Monaten noch unterschreiben. Nun gilt es, darauf zu achten, dass alle Beteiligten die Prinzipien auch in ihre Planungen sowie ihr tägliches Handeln umsetzen.

Michael Hickin, RGI & Eva Schmid, Germanwatch

Unterstützen auch Sie die unabhängige Arbeit von Germanwatch. Werden Sie Mitglied!

Anmeldemöglichkeit und weitere Infos: www.germanwatch.org/mitglied-werden